



**Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen**

**Frühlingsession des Nationalrates:**

## **Bundesratswahl und PUK im Fokus**

Thürnen, 26. März 2025

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen,

Die Frühlingsession war sehr intensiv, denn es ging um nicht weniger als die Zukunft des Finanzplatzes, der jeden fünften Erwerbstätigen beschäftigt. Auch die Zukunft der KMU stand wegen der unsäglichen Juso-Initiative zur Debatte. Im Asylbereich nimmt die Unzufriedenheit bei Kantonen, Gemeinden und der Bevölkerung zu.

Die Bundesratswahl am Mittwoch der zweiten Sessionswoche war ein erfreuliches Highlight. Zusammenfassend kann ich sagen: Das Parlament trifft im Grossen und Ganzen besonnene Entscheide. Insofern bin ich mit dem Ausgang der Frühlingsession zufrieden.

### **Bundesrat. Wahl eines Mitglieds ([25.201](#))**

Als Ersatz für die zurücktretende Verteidigungsministerin Viola Amherd schlug die Mitte Nationalrat und Bauernverbandspräsident Markus Ritter sowie den Zuger Regierungsrat Martin Pfister vor. Die Anhörungen und auch die Wahl verliefen gut schweizerisch und wohltuend geordnet und sachlich. Bereits im zweiten Wahlgang erreichte Martin Pfister mit 134 Stimmen das absolute Mehr. Mit dem Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS übernimmt der neue Bundesrat die Verantwortung für die Sicherheit unseres Landes.

Den neuen Verteidigungsminister erwartet keine leichte Aufgabe. Vieles im VBS liegt im Argen. Der Armee fehlt in etlichen Bereichen eine dem heutigen Standard entsprechende Ausrüstung. Und auch wichtige Positionen im VBS muss Martin Pfister nach den Rücktritten des Armeechefs, des Geheimdienstchefs und des Chefs der Luftwaffe neu besetzen. Ich persönlich erwarte von Bundesrat Martin Pfister, dass er rasch Massnahmen zur Beseitigung der Missstände ergreift und unser Land wieder verteidigungsfähig macht. Europa ist im Krieg.

### **PUK CS – Welchen Finanzplatz wollen wir? ([24.098](#), mein Fraktionsvotum)**

Der Finanzplatz ist das Rückgrat der Schweizer Volkswirtschaft. Fünfeinhalb Prozent der Beschäftigten, über 240'000 Frauen und Männer, sind im Finanzsektor tätig, die wiederum neun Prozent der Steuereinnahmen generieren. Entsprechend wichtig ist eine gesetzliche Grundlage, die den Zusammenbruch von systemrelevanten Banken und die Folgen daraus verhindert. Als Folge des Untergangs der Credit Suisse will das Parlament möglichst gute Vorkehrungen treffen, damit eine solche Situation nicht mehr eintritt.

Die Empfehlungen der eigens aufgestellten Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK), bei der ich zusammen mit meinen Fraktionskollegen Ständerat Andrea Caroni und Nationalrat Simon Michel mitwirkte, decken sich mit den schon zu Beginn der CS-Krise eingebrachten Forderungen der FDP-Fraktion:

- Wer Verantwortung trägt, muss auch zur Verantwortung gezogen werden können.
- Die Regulierung muss zwischen Grossbanken und anderen Banken unterscheiden.
- Der Steuerzahler soll nicht für das Versagen einzelner Bankmanager geradestehen müssen.

National- und Ständerat haben sich nach einer ausführlichen Debatte hinter sämtliche Vorstösse der Parlamentarischen Untersuchungskommission PUK angenommen.

Für die UBS muss der Bundesrat nun Regeln erarbeiten, die dem Ziel dienen eine stabilen Finanzplatz zu erhalten, der gleichzeitig auch im internationalen Wettbewerb funktioniert. Im Fokus steht dabei insbesondere die Regelung der Höhe des Eigenkapitals der neuen Riesen-Bank. Auch die Frage nach der Regulierung der teils nicht nachvollziehbaren Vergütungssysteme ist ein Thema. Trotz neuer Regeln für die UBS und die Banken dürfen die Inlandbanken nicht unter dem Untergang der CS leiden. Der Bundesrat soll in Zukunft im Krisenfall Liquiditätshilfen für systemrelevante Banken über das reguläre Recht gewähren können. Die Schweiz braucht also summa summarum eine überarbeitete neue Finanzplatzstrategie, um die Risiken für die Volkswirtschaft zu begrenzen.

### **Keine Chance für die «No-Future-Initiative» der Jungsozialisten ([24.082](#), mein Fraktionsvotum)**

Mit ihrer Initiative «Für eine soziale Klimapolitik» wollen die Jungsozialisten (Juso), dass der Bund Erbschaften und Schenkungen ab 50 Millionen Franken mit 50 Prozent besteuert. Damit wollen sie den Klimawandel bekämpfen und den dafür notwendigen Umbau der Wirtschaft finanzieren.

Die Jusos nennen ihr Begehren «Initiative für eine Zukunft». Doch in Wahrheit ist sie genau das Gegenteil: eine «No-Future-Initiative». Es ist eine Initiative, die Zukunft verhindert; eine Initiative, die Wohlstand, Arbeitsplätze und Investitionen aus der Schweiz vertreibt; eine Initiative, die nicht für eine bessere Klimapolitik sorgt, sondern unserer Wirtschaft und unserem Staat schadet.

Sowohl der Bundesrat als auch die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-N) lehnen – wenig überraschend – die Initiative ohne Gegenvorschlag ab. Denn die Auswirkungen der Initiative wären verheerend. Bestehende Familienunternehmen, in denen das Kapital in Liegenschaften und Anlagen gebunden ist, werden zerstört.

Kurz gesagt: Vermögen wandert ab, und in der Folge verringern sich die Erträge aus der Vermögenssteuer. Der exorbitant hohe Steuersatz dieser Umverteilungsinitiative führt also nicht zu mehr, sondern zu weniger Steuereinnahmen für den Staat. Der Mittelstand würde dafür zur Kasse gebeten.

### **Ausserordentliche Session Asyl ([25.9010](#), [24.3716](#), [24.3734](#), [24.4320](#), [24.4321](#))**

In der ausserordentlichen Session «Asyl und Souveränität» spitzte sich die Debatte um eine strengere Asylpolitik zu. Der Fokus lag auf einer konsequenten Steuerung des Asylwesens, robusten Massnahmen zur Grenzsicherung und klar definierten Regeln beim Familiennachzug. Die FDP unterstützte überwiegend alle Initiativen – bis auf die Motion, die eine flächendeckende Überwachung der Landesgrenzen forderte.

Mit 127 Stimmen setzte sich zudem eine eigene Fraktionsmotion durch. Diese beauftragt den Bundesrat, gezielt Massnahmen zu entwickeln, die logistische Hürden im Vollzug von Wegweisungen abbauen und stark belastete Kantone mit zusätzlichem Personal sowie finanziellen Mitteln entlasten. Ziel ist es, den Rückführungsprozess effizienter zu gestalten und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen nachhaltig zu stärken.

Diese Entscheidungen unterstreichen unser Engagement für ein ausgewogenes und rechtsstaatliches Asylsystem – eines, das den Schutz unserer Grenzen gewährleistet, die Sicherheit in der Asylpolitik verbessert und gleichzeitig verfassungsmässig garantierte Rechte sowie die internationale Glaubwürdigkeit der Schweiz wahrt.

### **Fehlende Arbeitskräfte, massive Asylmigration**

Mit ihrer Kündigungsinitiative will die SVP den bewährten bilateralen Weg abbrechen. Ausgerechnet jetzt, wo Russland einen völkerrechtswidrigen Krieg führt und Trump den Welthandel sabotiert, sollen die alten, bewährten Verträge der Schweiz auch noch attackiert und zerstört werden – das ist nicht nachvollziehbar. Unsere Spitäler hätten nicht mehr genug Pflegende und Ärzte, viele Restaurants haben schon heute verkürzte Öffnungszeiten, viele KMUs könnten nicht mehr hier produzieren. Bei der Asylmigration würde die Schweiz gleichzeitig attraktiver. Die FDP wird die Initiative mit aller Kraft bekämpfen – im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Dies hat die Partei an einer Medienkonferenz während der Session klar gemacht. Möchten Sie sich engagieren? Kämpfen Sie mit und schützen Sie die Interessen von KMU, Mittelstand und arbeitender Bevölkerung. Hier können Sie mitkämpfen:

[kuendigungsinitiative-nein.ch](https://www.fdp.ch/kuendigungsinitiative-nein.ch)

### **Amerikanischen Verhältnisse in der Schweiz? ([21.082](#))**

Mit einer Änderung der Zivilprozessordnung verlangte der Bundesrat Änderungen des kollektiven Rechtsschutzes und damit den Ausbau des Verbandsklagerechts. Auch Ersatzansprüche sollten Klagende inskünftig geltend machen dürfen. Das Begehren geht auf eine Motion des Parlaments aus dem Jahr 2013 zurück.

Der Nationalrat ist mit 112 zu 74 Stimmen bei vier Enthaltungen nicht auf die Vorlage zur Einführung kollektiver Klagen eingetreten. Unsere Fraktion bekräftigt damit ihr Bekenntnis zum bewährten schweizerischen Rechtsverständnis. Anstelle riskanter Sammelklagen, die zu einer «Klageindustrie» führen könnten, setzen wir auf effiziente und kostengünstige aussergerichtliche Streitbeilegungsmechanismen wie Mediation. Diese Instrumente schützen den

Wirtschaftsstandort und wahren das ausgewogene Verhältnis zwischen den Risiken und Chancen gerichtlicher Verfahren.

Nach dieser ereignisreichen Session geniesse ich ein paar freie Tage, denn schon Anfang Mai trifft sich der Nationalrat wieder in Bern zur Sondersession. Dazwischen stehen etliche Kommissionssitzungen an.

Ich freue mich mit Ihnen auf einen sonnigen Frühling und danke Ihnen für Ihr Interesse und Ihr Wohlwollen für meine politische Arbeit.

Herzlich,



**Daniela Schneeberger**

Nationalrätin FDP BL

**Kontakt:**

[daniela.schneeberger@parl.ch](mailto:daniela.schneeberger@parl.ch)

[www.danielaschneeberger.ch](http://www.danielaschneeberger.ch)

[www.parlament.ch](http://www.parlament.ch)